

Der Balkan. Stabilität oder Chaos in Europa

Vortrag von Hans Koschnick, Vorsitzender des Lenkungsausschusses für Flüchtlingsfragen im Stabilitätspakt für Südost-Europa

Podiumsdiskussion mit Wolfgang Libal, Journalist *Die Weltwoche*, und Christine von Kohl, Korrespondentin *Die Presse*, Herausgeberin der Zeitschrift *Balkan/Südosteuropäischer Dialog*.

15. Jänner 2001

In seiner Einleitung zum Vortrag von Hans Koschnick, dem derzeitigen Vorsitzenden des Lenkungsausschusses für Flüchtlingsfragen im Stabilitätspakt für Südosteuropa, erinnerte Franz Vranitzky daran, dass man sich bei Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus darüber im Klaren sein müsse, dass es sich dabei nicht nur um rein technische, sondern um zutiefst politische Fragen handle. Daher wurde das künftige Verhältnis der Balkanstaaten zur Europäischen Union in einem Stabilitätspakt festgeschrieben. Wenn die EU, so Vranitzky weiter, wirklich dauerhaften Frieden, Wohlstand und Stabilität in Europa anstrebe und dieses Ziel nicht auf die heutigen 15 Mitgliedsstaaten beschränken wolle, dann bedürfe es eines „Jahrhunderts Süd- und Südosteuropas“. In dieser Region gäbe es sehr viel Aufbauarbeit zu leisten, und man müsse sich bewusst machen, so Vranitzky, dass es sich dabei um äußerst langwierige Prozesse handle, die sowohl in wirtschafts- und finanzpolitischer als auch in demokratiepolitischer Hinsicht große Anspannungen in unsere Gesellschaften und Staaten bringen würden. Als dringlichste Aufgabe in diesem Zusammenhang definierte Vranitzky den Aufbau einer geeigneten Institutionsstruktur, die die Finanzierung aus dem Ausland überhaupt erst wirkungsvoll mache.

In dem Vortrag, der Vranitzkys einleitenden Worten folgte, sprach Hans Koschnick von der grundsätzlichen Fehleinschätzung und Unkenntnis, mit der man in Europa immer noch häufig der Situation auf dem Balkan begegne. Koschnick meinte, er habe durch die ausführliche Beschäftigung mit der Region erkannt, dass vieles von dem, das später zum Jugoslawienkonflikt geführt habe, schon sehr früh angelegt gewesen sei und dass die Hoffnung, im Vielvölkerstaat Jugoslawien könne ein neues Zusammenleben der Völker möglich sein, Fiktion gewesen sei. Die Angst vor Moskau habe die klassischen Konflikte zwischen Serben und Kroaten in Schach gehalten. Diesen Umstand habe man in Europa – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – unterschätzt.

Ebenso wie Vranitzky sagte Koschnick, dass die Probleme des Balkan, sollten sie nicht gelöst werden, nicht auf den Balkan beschränkt bleiben würden. Sollte keine haltbare Waffenruhe, vielleicht sogar Frieden, in der Region erreicht werden, würden sich Millionen von Menschen in Richtung Europa in Bewegung setzen. Das sei, so Koschnick, weniger ein finanzielles als ein gesellschaftspolitisches Problem, und es wäre daher eine Frage der politischen Klugheit, neue Konflikte auf dem Balkan zu vermeiden.

Koschnick lobte den Stabilitätspakt als ersten wirklichen Versuch, eine europäische Antwort auf die Problematik in Südosteuropa zu geben. In ihm drücke sich die Haltung aus, dass Europa weitere Gewalthandlungen auf dem Balkan nicht akzeptieren werde und dass es im Gegenzug dafür dem Balkan erhebliche Mittel für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung stellen werde. Stabilität sei, so Koschnick weiter, allerdings nur zu erreichen, wenn die Mittel auch tatsächlich für die Versorgung der Menschen eingesetzt würden.

Was auf dem Balkan, glaubt Koschnick, noch zu wenig begriffen werde, ist der Umstand, dass Europa nur Integrations-, aber keinerlei Desintegrationsprojekte finanzieren werde. Nur wenn es gelinge, Kroaten, Bosnier, Montengeriner, Serben, Albaner und Mazedonier für eine gemeinsame Anstrengung im infrastrukturellen Bereich zu gewinnen, werde man, so Koschnick, weiterkommen. Kroatien sei schon bereit, den Weg in Richtung EU zu gehen und sich aus dem großkroatischen Engagement zu lösen. Diese kroatische Grundposition habe auch die Schwierigkeiten in Bosnien-Herzegowina ein wenig gemildert, meinte Koschnick. Dass in Dayton das Land praktisch in zwei Teile aufgeteilt worden sei, kritisierte er, habe allerdings dazu geführt, dass dort immer noch völkisch national für einzelne Gruppen und nicht für den Gesamtstaat gedacht werde.

Als besonders schwierig beurteilte Koschnick die Situation im Kosovo. Denn einerseits würde die internationale Gemeinschaft gegen die Menschenrechtserklärung verstoßen, wenn sie den Kosovaren zumute, unter serbischer Pression zu leben. Andererseits aber ist es den Vereinten Nationen auch nicht möglich, den Kosovo mit Gewalt von Serbien zu trennen. Das widerspräche den Prinzipien der Vereinten Nationen, ein Staatsgebilde nicht durch Gewaltanwendung zu verändern. Koschnick meinte, deshalb werde man sich darauf einstellen müssen, dass im Kosovo auf lange Sicht internationale Truppenverbände stationiert sein

würden. Er ginge, so Koschnick, davon aus, dass es im Kosovo so lange internationale Verbände geben werde wie auf Zypern.

Der zentrale Punkt, führte Koschnick weiter aus, sei es, Entscheidungen zu treffen, die die Gesamtinteressen Europas und nicht mehr die nationalen Interessen des Einzelnen betonten.

Moderatorin Livia Klingl gab das Wort anschließend an Christine von Kohl und Wolfgang Libal, Autoren des Buchs „Der Balkan. Stabilität oder Chaos in Europa“ und eröffnete zugleich die Publikumsdiskussion. Christine von Kohl erläuterte ihre Absicht, mit dem Buch das europäische Nichtwissen über die Gegebenheiten auf dem Balkan reduzieren zu wollen. Sie betonte, sie habe darin den Schwerpunkt auf die historischen, psychologischen und kulturellen Unterschiede gesetzt. Wolfgang Libal führte aus, dass er Serbien für den Prüfstein der Stabilität auf dem Balkan halte. Solange das Verhältnis zwischen Montenegro und Serbien nicht geklärt sein, so Libal, werde es keine Entwicklung im Sinne von Stabilität geben. Auf eine Frage hin griff Frau von Kohl das von Hans Koschnick behandelte Problemfeld Kosovo auf. Sie erklärte, dass auch eine Vereinigung des Kosovo mit Albanien derzeit keine realistische Variante darstelle, weil es heutzutage, so Kohl, auf beiden Seiten keinerlei Träume von einer Vereinigung gäbe.

Diskutiert und kritisiert wurden die Verträge von Dayton. Sie seien, so Koschnick, damals die einzige Möglichkeit gewesen, Milosevic und Tudjman für die Beendigung der Kriegshandlungen zu gewinnen, man habe sich aber durch sie eine sehr brüchige Struktur eingehandelt, die für Bosnien von einzelnen Bevölkerungsgruppen – drei Ethnien – ausginge und nicht von Staatsbürgern als Gesamtheit.